

Sozialen Zusammenhang stärken und Herausforderungen entgegentreten

Einführung eines verpflichtenden Wahldienstes für die Gesellschaft

Antragsteller: KV Dithmarschen (Jan-Hendrik Franßen)

Einführung:

Mit dem Erstarken des Demographischen Wandels in Deutschland merkt die Gesellschaft in immer mehr Bereichen das Fehlen von freiwilligen Helfern. Betrachtet man nun die Situation in den ländlichen Bereichen etwas genauer, so wird einem sehr schnell bewusst, dass unser jetziges Zusammenleben nur noch von kurzer Dauer sein kann, wenn wir den Herausforderungen nicht entschlossen entgegentreten. In weiten Teilen des Landes klagen Feuerwehren über den altersbedingten Wegfall von Wehrführern und Kameraden. Kirchengemeinden finden auch durch aktive Suche kaum noch Nachwuchs für die Kirchenvorstände und auch das THWK sucht oft vergebens. Längere Anfahrtswege zur Arbeit, durch zu wenig Personal bedingte berufliche Zusatzdienste und der schrumpfende Nachwuchsbereich treiben die Freiwilligen Feuerwehren schon zu Zwangsrekrutierungen. Auch die Bundeswehr, viele gemeinnützige Vereine und Verbände, sowie Gemeindevertretungen klagen über die abnehmende Zahl von Rekruten und Ehrenamtlern.

All diese Institutionen, Vereine und Verbände sind wesentlichen Elemente und enorm wichtige Bestandteile unseres Zusammenlebens, ohne die unsere Gesellschaft in der jetzigen Form nicht denkbar wäre. Um unser Zusammenleben in der jetzigen Form fortzuführen braucht es neue Wege und Berührungspunkte der jungen Generationen mit den bedeutenden Institutionen, Vereinen und Verbänden unserer Gesellschaft.

Kernforderungen:

So setzen wir uns als JU für die Einführung eines allgemein verpflichtenden Wahldienstes für das gesellschaftliche Miteinander ein. Dieser Dienst soll nach der schulischen oder beruflichen Ausbildung stattfinden. Ein wesentlicher Unterschied zur Wehrpflicht soll sein, dass junge Männer und Frauen dazu verpflichtet werden. Im neuen Wahldienst soll allerdings kein Fokus auf die Bundeswehr im speziellen, sondern auf die für das gesellschaftliche Miteinander wichtigen Bereiche gesetzt werden. So sollen die jungen Erwachsenen aus verschiedenen Bereichen frei wählen können: Die Bundeswehr, der ehemalige Zivildienst, die Sanitätsdienste, der Katastrophenschutz, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, die politischen Parteien, die Verwaltungen, die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die Kirchenverwaltungen oder die Feuerwehren sollen beispielhaft wichtige Bereiche unserer Gesellschaft abbilden und stellen Einsatzbereiche dar. Die Dauer des Dienstes soll mindestens 6

Monate betragen und kann in Abstimmung mit der jeweiligen Organisation auf 12 Monate verlängert werden.